



DIE ZEIT



Nr. 4 20. Januar 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

33. Jahrgang. Preis 2,20 DM C 7451 C

Schwarz-Rot: Italiens Zwickmühle

**Andreottis Problem: Gegen die Kommunisten
läßt sich das Land nicht regieren / Von Hansjakob Stehle**

Noch sind die Würfel nicht gefallen. Doch aus dem Spiel um die Macht, das Italiens Politiker seit drei Jahrzehnten mit mehr taktischem als sachlichem Erfindungsreichtum betreiben, ist banaler Ernst geworden: Wo pure politische Ohnmacht zum Vorschein kommt, hat auch das schlaueste Pokern ein Ende, kann Demokratie nur noch verspielt werden. Anders nämlich als die vielen römischen Regierungskrisen der Vergangenheit signalisiert in diesen Wochen der Rücktritt Giulio Andreottis nicht die Notwendigkeit eines bloßen Kabinettsrevirements, Koalitionswechsels oder Programmwandels. Italien steckt in einer Sackgasse. Dies war schon lange sichtbar und ist doch — auch außerhalb Italiens — nie ganz zur Kenntnis genommen worden. Die beiden größten Parteien des Landes, die Christdemokraten und die Kommunisten (die sich seit 1976 drei Viertel der Wählerschaft nahezu teilen), sind auf verhängnisvolle Weise aneinandergekettet. Jede kann heute weder mit der anderen noch ohne die andere regieren, sofern sie nicht dramatische Gefahren für die innere und die äußere Sicherheit Italiens riskieren will.

Im politischen Bewußtsein der Menschen hat dieser Zustand bereits fatale Folgen hervorgerufen. Eine Umfrage der Europäischen Gemeinschaft stellte jüngst fest, 78 Prozent der Italiener seien mit dem Funktionieren ihrer Demokratie unzufrieden, während genauso viele Bundesbürger mit der deutschen Demokratie zufrieden seien. Auf dem Bodensatz einer so abgrundtiefen Staatsverdrossenheit wächst die Furcht, bei manchen anarchistischen Abenteurern aber auch die Hoffnung, Italiens Demokratie sei tatsächlich am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt. Ist aber tatsächlich jeder Rückweg aus der Sackgasse verbaut?

Wollte man manchen konservativen Vereinachern glauben, so bedürfte es nur eines entschlossenen Führungswillens der Christdemokraten in Rom, um die allzu mächtig gewordene kommunistische Partei Berlinguers wieder auf die Oppositionsbänke zurückzudrängen — dann ließe sich Italiens Stabilität, sogar die wirtschaftliche und soziale, wiederherstellen. Arithmetisch besteht ja eine nicht-kommunistische Mehrheit im Parlament. Warum also nicht zurück zur „linken Mitte“ der sechziger und frühen siebziger Jahre?

Umgekehrt wiegen sich linke Propheten in dem Glauben, Berlinguer brauchen nur Ministersessel angeboten zu werden, dann werde auch der Horizont einer krisenfreien, wenn nicht gar sozialistischen Zukunft sichtbar.

Ein achtbarer Balanceakt

Beides sind Illusionen. Sie sind in den einhalb Jahren zerstört worden, in denen der Christdemokrat Andreotti mit viel Klugheit und — wie ihm die Kommunisten selbst jetzt noch bescheinigen — mit keineswegs negativer Bilanz Italiens Krise am Abgrund der Katastrophe vorbeisteuerte. Gleichwohl ist das Ergebnis zwiespältig. Im Jahre 1977 wurde nur halb soviel gestreikt wie im vorausgegangenen Jahr, aber die Arbeitslosigkeit, vor allem die der Jugend, hat sich nahezu verdoppelt; Italiens Staatshaushalt weist ein horrendes Defizit aus, aber die Zahlungsbilanz ist zum ersten Male aus den roten Zahlen heraus, und das Land ist — auch politisch — kreditwürdig geblieben. Die Kriminalität und Gewalttätigkeit sind zwar nicht eingedämmt worden, doch ihre politischen Drahtzieher wurden isoliert. Andreotti bewältigte einen achtbaren Balanceakt, bei dem seit dem Sommer 1976 dreierlei hilfreich war: Erstens seine Christdemokratische Partei, die ihre alten Zwiste und ihren militanten Antikommunismus begrub, weil ihr Wahlerfolg (38,7 Prozent) weder das Alleinregieren noch die Flucht in die Opposition erlaubte; zweitens die Stärke der Kommunisten, die nach den Wahlen zwar stark genug waren (34,4 Prozent), um aus der sterilen Oppositionsecke hervortreten zu können, jedoch nicht stark genug, um als Regierungspartei direkte Verantwortung übernehmen zu müssen; drittens die Schwäche der Sozialisten und Republikaner, Sozialdemokraten und Liberalen, die allesamt fürchten mußten, zwischen den beiden größten Parteien vollends zerrieben zu werden, hätten sie sich deren Übereinkunft verweigert.

War dies — wie alle Welt meinte — die Vorstufe zu jenem „historischen Kompromiß“ zwischen Kommunisten und Christdemokraten, den Berlinguer seit Jahren nicht als bloße Koalition, sondern als langfristige gemeinsame Strategie zur Heilung der italienischen Übel anbot?

Es war schon vor achtzehn Monaten klar, daß die Konstellation unter Andreotti allenfalls eine Übergangslösung sein könnte — bestenfalls bis zum nächsten Wahltermin, der dann vielleicht mehr Klarheit schaffen würde. Dahinter regte sich die Hoffnung, daß Berlinguer, nunmehr fast

regierungsfähig geworden, seine Partei noch konsequenter vom Sowjetkommunismus wegführen und dadurch zweifelsfrei als demokratische Alternative legitimieren würde. Viele forderten ihn lauthals zum Bruch mit Moskau auf, als ob dies allein schon ein liberales Alibi verschaffen könnte.

Tatsächlich setzte Berlinguer zwar nur behutsam, aber durchaus beständig seine Suche nach einem Sozialismus fort, der weder sowjetisch noch sozialdemokratisch sein soll, sondern ein Modell, das es, gewiß nicht zufällig und wie er selbst zugibt, „bisher noch niemals gegeben hat“. Von der Kreml-Tribüne herab vertrat er im November 1977 — in glattem Widerspruch zu Lenin — die These vom „nicht-ideologischen Staat“, ohne sich freilich dem vernichtenden Urteil des Spaniers Carrillo über den Sowjetsozialismus anzuschließen. Aus Berlinguers Briefwechsel mit dem katholischen Bischof Betazzi entwickelte sich sogar das Eingeständnis, das Erbe von Marx und Lenin sei „kein ideologisches Credo“, die Partei selbst verstehe sich „nicht-ideologisch“, und Sozialismus gebe es sowohl in demokratischer (westlicher) wie in totalitärer (östlicher) Form.

Die politische Not der Linken

Bald erwies sich, daß derlei ideologische Spitzfindigkeiten den inneren Wandlungsprozeß der italienischen KP eher verunsicherten als förderten; zumal gleichzeitig der innenpolitische Schwebezustand immer unerträglicher wurde. Wie lange noch konnten die Linksparteien das Vertrauen ihrer Anhänger aufs Spiel setzen, indem sie gegen Andreottis pragmatische und keineswegs linke Konjunkturpolitik einerseits zwar nicht opponierten, andererseits aber auch nicht deren Früchte ernten konnten?

Anfang Dezember riß der Geduldsfaden. Aber es war weder plötzliche Laune noch mutwilliger Wortbruch, als die Forderung nach einer direkten Regierungsbeteiligung der Linken den Balanceakt Andreottis beendete. Es war die nackte politische Not: Die Gewerkschaften, die christlich orientierten noch heftiger als die marxistischen, waren ziemlich außerhalb der Verfassung zur eigentlichen Oppositionspartei geworden, zu Sprechern des wachsenden Unbehagens der Arbeiterschaft. Ihre Generalstreikdrohung, die jetzt nur durch Andreottis Rücktritt abgewehrt wurde, beendete unvermeidbar die scheinbare Idylle des freischwebenden Mini-Kompromisses der Parteien.

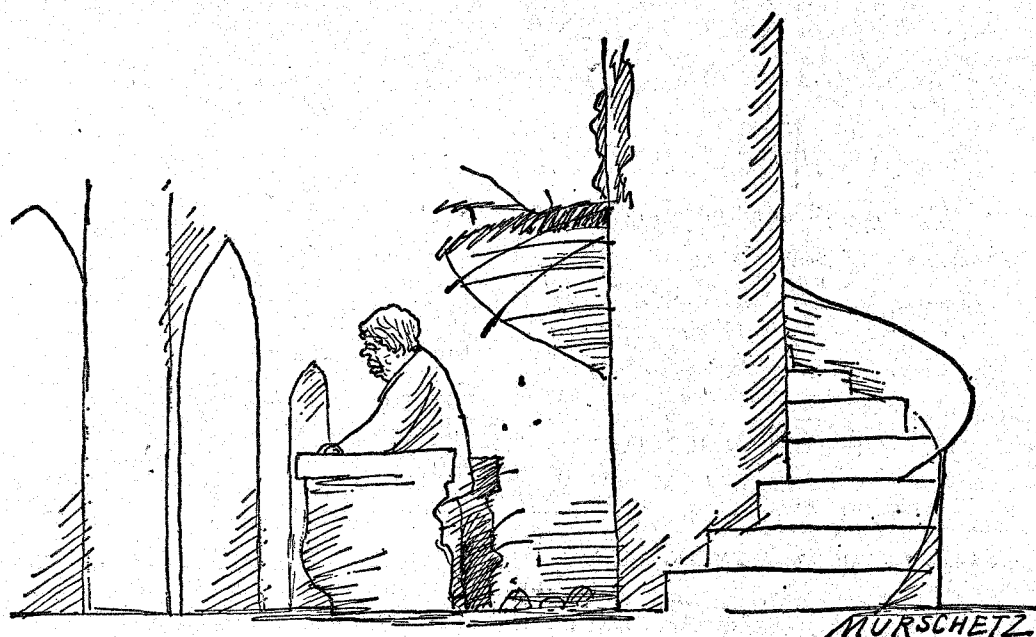
Am 6. Januar enthielt die kommunistische *Rinascita* zum erstenmal den desolaten inneren Zustand, in den dieser Test Berlinguers Partei versetzt hat. Zwar sei der Glaube an den sowjetischen Realsozialismus dahingeschwunden, doch in der Partei breite sich Zweifel aus, „ob Politik überhaupt — und folglich die Partei — instand ist, wirklich die Dinge zu ändern“. Schlimmer noch: „Durch die Fabriken geistert die Idee, daß die Gewerkschaft vereint und die Partei trennt...“

„Du kannst dir die Freundschaften auch derer, die dich herbeirufen, nicht erhalten, weil du ihre Erwartungen nie voll befriedigen kannst“, lautet eine Weisheit von Niccolò Machiavelli, Italiens klassischem Staatsdenker. Dies bekommen die Kommunisten jetzt um so mehr zu spüren, als ihre Parteilinie nicht auf Diktatur, sondern auf breitesten Volkskonsens festgelegt ist.

So nahe den Christdemokraten die Schadenfreude läge, auch sie sind betroffen: Millionen ihrer Wähler würden es ihnen nicht verzeihen, wenn sie jetzt ein formelles Regierungsbündnis mit Berlinguer schlossen. Um dies zu verhindern, bedurfte es nicht der plumpen Ermahnung aus dem Weißen Haus. Da auch Präsident Carter kein Rezept dafür beifügen konnte, wie denn die *Democrazia Cristiana* ohne die Kommunisten weiterregieren könnte — und dies hieße heute: gegen die Kommunisten —, engen solche Hinweise Amerikas das Manövriertfeld Andreottis nur ein.

Nur ein weiterer Kompromiß, der Kommunisten wie Christdemokraten das Gesicht wahren läßt, könnte jetzt noch einen Wahlkampf verhindern, der zum kalten Bürgerkrieg (mit allen heißen Folgen) ausarten kann. Die kommunistische Hypothek, die nicht ohne Ursachen auf Italien lastet, läßt sich nicht einfach durch Wunschenken tilgen. Sie abzutragen, kann aber heute nur bedeuten: Die Wandlungsprozesse im italienischen Kommunismus dürfen nicht ignoriert werden. Vielmehr bedarf es der Ermutigung, sie fortzusetzen.

Noch ist nicht gewiß, ob Andreotti dafür dem Lande eine weitere Atempause verschaffen kann — und ob die Autorität Berlinguers und seines Führungsteams ausreicht, sie zu nutzen. Wenn nicht, dann könnte es die letzte Atempause der italienischen Demokratie gewesen sein — mit allen schlimmen Folgen für Europa.



Nach einem Jahr

Affären statt Politik

Bonns Fehlstart ins neue Jahr / Von Rolf Zundel

Die Enttäuschung kommt im Gewand freundlicher Ironie einher: „Das Jahr fängt ja gut an“, heißt es im Regierungslager. Und so „gut“ beginnt es immerhin, daß sogar die CSU auf ihre Lieblingsbeschäftigung, das genußvolle Piesacken der großen Schwesterpartei und des Vorsitzenden Kohl, einstweilen verzichtet und gegen den gemeinsamen Hauptfeind in Bonn zu Felde zieht.

Die Umstände für einen solchen Feldzug scheinen günstig, denn es ist wieder einmal die hohe Zeit der Affären. Sie begann mit dem angeblich größten Spionagefall in der Bundeswehr, bei dem der Verteidigungsminister eine merkwürdige Ahnungslosigkeit offenbarte, und setzte sich fort mit seltsamen Pannen und Gedächtnisrübungen bei Mitgliedern der Düsseldorf Landesregierung, die mit dem Fall Poulain nicht fertig wurden. Dann folgte die mündgerechte Vermarktung eines „Manifests“ aus der DDR im Spiegel nebst spektakulären Folgen. Den Höhepunkt bildete schließlich das angebliche Abhörprotokoll eines Gesprächs von Franz Josef Strauß mit dem Chefredakteur des *Bayernkurier*, Wilfried Scharnagl.

In der neuen „Abhörraffäre“ gibt es vorerst nur sehr zweifelhafte Hinweise in der Sache, aber gewaltige Vermutungen der Betroffenen in München — zum Beispiel die: eine solche Gesprächsnachricht könne nur von einer Bundesdienststelle angefertigt worden sein. Dieser Vermutung widersprechen die Fachleute und die Erfahrung. So schwer ist es nicht, ein Telefon anzuhören, sagen die Experten; das Protokoll des abgehörten Gesprächs zwischen Biedenkopf und Kohl ist seinerzeit ja auch von Amateuren hergestellt worden. Der Verdacht, Bonner Chefs von Dienststellen hätten die Abhöraktion unter Umgehung der Kontrollinstanzen ins Werk gesetzt, ist wenig einleuchtend: Risiko und Nutzen hätten in einem krassen Mißverhältnis gestanden.

Jedenfalls hat sich der Abhörer und Fälscher um Strauß ungewöhnlich verdient gemacht. Der CSU-Chef steht jetzt glänzend da: abgehört, wegen Lockheed unschuldig verfolgt, durch Fälschungen in schlimmes Licht gerückt. Und er darf sich in seiner Einschätzung der Praktiken des Regierungslagers bestätigt fühlen: nur Schwindel und Verschwörung. Dieses Ergebnis schließt nicht aus, daß es von einem Parteigänger der Koalition erreicht wurde, der das Gegenteil beabsichtigt hatte: Geheimdienst schützt vor Dummheit nicht. Aber es erlaubt auch den Verdacht, daß ein stiller, geheimdienstkundiger Verheer von Strauß versucht hat, dem CSU-Chef

einen Gefallen zu tun. Die Dienste beschäftigen ja wohl auch intelligente Leute.

Aufklärung, da kann man der CSU nur zustimmen, wäre dringend nötig. Was an Erhellung möglich ist, könnte am ehesten eine unabhängige Kommission leisten. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß dagegen, wie ihn die CSU gefordert hat, scheint wenig zweckmäßig. Er wird, da fast keine habhaften Fakten vorliegen, nur Vorwürfe und Unterstellungen reproduzieren können. Die Praxis des Spionageausschusses ist da schon blamabel genug. Die Berichterstatter der Parteien widersprechen sich regelmäßig und öffentlich über die Bewertung der Zeugenaussagen. Wundert darf sich darüber niemand: Wo Politik sich den Kriterien von Schwindel und Verschwörung unterordnet, ist nicht mehr die differenzierte große Debatte ihr adäquates Ausdrucksmittel, sondern das Untersuchungsritual, wo Schuldige, wo Kriminelle gesucht werden.

Das Typische all dieser Affären und Sensationen besteht darin, daß nur ihr unmittelbar verwendbarer Effekt interessiert, nicht das eigentliche Problem. Nicht also die sinnvolle Frage, ob Leber sein Ministerium richtig organisiert und im Griff hat, sondern ob er gelogen hat, und nicht der Umstand, daß Minister in Düsseldorf zum Landesbankchef Beziehungen unterhielten, die fatal dem Verhältnis von Kainchen zur Schlange ähnelten, sondern ob sie sich einer formalen Unkorrektheit schuldig gemacht haben. Auch wird nicht erörtert, ob in der DDR eine Reform des realen Sozialismus möglich ist, wie sie Bahro gefordert hat; das erforderte ja Nachdenken, Selbstprüfung; debattiert wird vielmehr die Verwertbarkeit des „Manifests“ im Bonner Grabenkrieg.

Ob diese politische Praxis irgend jemandem irgendwelche Vorteile verschafft, scheint höchst zweifelhaft. Viel eher ist zu befürchten, daß die Bürger an solcher Politik, die auf ein schmutziges Geschäft reduziert wird (was ja einem weiterbreiteten Vorurteil entspricht) überhaupt den Geschmack verlieren.

Und der Nachteil für das Regierungshandeln ist eindeutig. Wo die öffentliche Diskussion so sehr mit Scheinproblemen eingedeckelt ist, kann politisches Handeln nur an der öffentlichen Diskussion vorbei, ja, fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden — sofern überhaupt noch gehandelt wird. Entsprechend sind denn auch manchmal die Äußerungen der Akteure — zum Beispiel die des Kanzlers in seinem Spiegel-Interview: fast nur noch ehrbar-sachliche Langleweile und staatstragende Zugeknöpftheit. Das Jahr fängt wirklich gut an.

Bald ein Blutbad?

Südafrikas viereinhalb Millionen Weiße sind um eine Illusion ärmer und um ein gerüttelt Maß Angst reicher geworden. Jahrzehntlang hatten sie ihre Apartheitspolitik auf die trügerische Hoffnung gebaut, daß sich Schwarze, Mischlinge und Asiaten niemals zusammenschließen würden. Genau dies ist jetzt aber geschehen: Die Führer der größten Organisationen der 18 Millionen Schwarzen, der 2,7 Millionen Mischlinge und 760 000 Asiaten haben eine Koalition gegen die Rassentrennung gebildet.

Damit endet der Traum Vorsters, die „Nicht-schwarzen“ ins weiße Lager hinüberziehen zu können. Sie sollten eigene Parlamente und Minister, ja sogar ein beschränktes Mitspracherecht bekommen. Das hatte ihnen der Premierminister nach seinem überwältigenden Sieg in den Novemberwahlen, bei denen nur die Weißen wählen durften, verheißen. Dahinter stand der Plan, die Vorherrschaft der Weißen auf alle Ewigkeit zu zementieren, die schwarze Mehrheit aber in ihre dürgerten Territorien abzuandrängen.

Die Buren sind durch den unerwarteten Zusammenschluß in neue Bedrängnis geraten. Zwar haben die Nichtweißen ihnen Gespräche über den Aufbau einer nicht-rassistischen Gesellschaftsordnung angeboten. Doch zeigt die jüngste Geschichte, daß die Weißen lieber auf Eskalation setzen. Verwunderlich ist es darum nicht, daß Pretorias berühmter Polizeiminister bereits mit einem Blutbad droht.

Funken in Feuerland

Im äußersten Südpol Südamerikas ist Streit entbrannt — um drei kleine Feuerland-Inseln, auf die Chile wie Argentinien Anspruch erheben. Ein Schiedsspruch der englischen Krone hat sie Chile zugesprochen, aber Argentinien weigert sich, den Entscheid anzuerkennen. In bester nationalistischer Manier werden nun Fäuste geschüttelt, markige Reden gehalten, Truppen verlegt, Flottenverbände in Marsch gesetzt.

Sicher geht es um mehr als drei Inselchen: um Fischereirechte und mögliche Bodenschätze, um Einflußzonen und Gebietsansprüche. Doch fast hundert Jahre ließen beide Staaten die strittige und brisante Frage in der Schwebe. Was zwingt sie, heute eine Klärung zu forcieren?

Die Antwort ist so simpel wie traurig. In beiden Staaten regiert das Militär. Die Offiziere haben mit schweren inneren Problemen zu ringen. Nur zu gern lassen sie sich auf außenpolitische Ablenkung ein. Daß ihre Untertanen alles andere benötigen als ausgerechnet Kriegsgeschrei oder gar einen wirklichen Schießkrieg, das kümmert sie in ihrer goldbetreten Verblendung wenig.

Mit der Behauptung, die Zivilisten hätten versagt, haben die Offiziere in beiden Staaten ihre Putsche begründet. Was haben sie seitdem geleistet? Schade, daß Zivilisten nicht putschen können; schade, daß die Dummen die Waffen besitzen.

Der „heitere Krieger“

Amerika verneigt sich vor einem Staatsmann, der nie den höchsten Gipfel der Macht bezwungen und dennoch das Gesicht seines Landes geprägt hat wie kaum ein anderer. Dreimal hat Hubert Horatio Humphrey, der Senator aus Minnesota, die Hand nach der Präsidentschaft ausgestreckt, dreimal ist ihm der Preis entglitten: 1960 und 1972 wurde er von John F. Kennedy und George McGovern in den Vorwahlen geschlagen; 1968 ging Richard Nixon mit einem Vorsprung von knapp 500 000 Stimmen vor ihm ins Ziel. Zum Sieg fehlte ihm die Härte Kennedys, die Schläue Johnsons, die Skrupellosigkeit Nixons.

Dafür hat er vor der Geschichte besser bestanden als vor den Wählern. Seine Triumphe konnte er im Vorhof der Macht feiern. Amerika als moderner Sozialstaat — es ist unvorstellbar ohne den leidenschaftlichen Feldzug des „heiteren Kriegers“ für Arbeitslosenunterstützung, Gesundheitsfürsorge und Bürgerrechte. Er hat mehr Gesetze auf den parlamentarischen Weg gebracht als die meisten Präsidenten je unterzeichnet haben. Seine politische Tragik liegt in etwas anderem: Humphreys Einsatz für den Frieden verdankt die Welt das *Peace Corps* und das Atomteststoppabkommen von 1963; die eigene politische Karriere jedoch scheiterte am Vietnamkrieg, den er zu erst bekämpft hatte und dann — als Vizepräsident — aus Nibelungentreue zu Johnson rastlos verteidigte.

Jetzt ist Humphrey, 67 Jahre alt, an Krebs gestorben. Einer seiner Freunde sprach für Amerika, als er sagte: „Wenn die Geschichte einst die großen sozialen Fortschritte unserer Epoche bewertet, dann mag die Wirkung dieses einen Mannes, der nie Präsident wurde, schwerer zu Buche schlagen als die vieler anderer.“

DIESE WOCHE

Politik	1—11
Politische Woche	8
Länderspiegel	12—13
Politisches Buch	14
Wirtschaft	15—27, 29
Impressum	26, 28
Leserbriefe	28
Berufe	30—35
Feuilleton	37—42
Theaterspielpläne	41
Literatur	43
Kritik und Information	44
Reise	45—51
Themen der Zeit	52
Wissenschaft	57
Modernes Leben	53—56, 59—60

9—11 Was geschah in Stammheim? (III)

Karl-Heinz Janßen untersucht, wie die Pistolen in die Zellen kamen

23 Wenn des Kanzlers Wort nicht wär

Dieter Piel: Ohne unpopuläre Entscheidungen ist das Rentenloch nicht zu stopfen

39 Nur teure Quatschbuden?

Der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz über die Misere der deutschen Hochschulen

54 Hunde und Affen nicht auf den Tisch

ZEIT-Serie „Achtung, Konsumenten!“. Wie gut sind Chinarestaurants? Von E. Knorr-Anders



Gedemütigt, aber nicht gebrochen

Ein Tag mit Indira Gandhi: Gabriele Venzky beobachtete die große Dame Indiens, der jede politische Volte recht ist, um wieder Macht zu gewinnen